

Was bedeutet eigentlich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?

Seit nunmehr 15 Jahren nennen wir den Gegenstand unserer Arbeit »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«. Wieso tun wir das, anstatt die Dinge beim Namen zu nennen? Weshalb sagen wir nicht Rassismus, wenn wir Rassismus meinen oder Homophobie wenn wir den Hass auf Homo- oder Transsexuelle meinen? Warum verschwinden dann Begriffe wie Rechtsextremismus oder Antiziganismus aus unserem Sprachgebrauch? Umgehen wir damit nicht, uns mit Antisemitismus in all seinen Facetten auseinanderzusetzen? Ist es denn wirklich besser, das alles unter Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu subsumieren? Die Antwort: Nein, es ist nicht besser. Was gemeint wird, muss auch einen Namen haben! Ressentiments und Hass lassen sich nicht abkürzen. Besonders absurd klingt es, wenn manche Politikerinnen und Politiker von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – auch GMF genannt – sprechen. Es wirkt, als wolle er oder sie mit dem Schmutz, der an den anderen Begriffen klebt, nichts zu tun haben. GMF kommt Saubermännern und -frauen leichter über die Lippen als Rassismus oder Rechtsextremismus. Sollten wir deshalb GMF als Wort nicht benutzen? Die Antwort: Doch, wir sollten! Nicht um Missstände abstrakt zu machen, sondern um zwei wichtige Dinge zu verdeutlichen: zum einen den inneren Zusammenhang der verschiedenen Arten von Diskriminierung und Herabsetzung. Das bedeutet, Ungleichwertigkeit ist immer gleich von Übel, ob es nun die eine Gruppe trifft oder die andere. Also Schluss damit, hier unter den Betroffenen eine Konkurrenz aufzubauen. Das Ziel der Gleichwertigkeit bleibt immer dasselbe. Außerdem haben die Wissenschaftler, die den Begriff GMF entwickelten, darauf hingewiesen, dass der Hass auf Gruppen auch wandern kann. Mal steht die eine, mal die andere Gruppe im Fokus. Diejenigen, die Menschen ihrer Gruppenzugehörigkeit wegen verachten, bedienen sich immer des gleichen Musters, das sich mal auf diese und mal auf jene bezieht. Mit anderen Worten: die Hassler hassen mitunter beliebig.



Anetta Kahane ist
Vorsitzende der
Amadeu Antonio
Stiftung

Foto:
Peter van Heesen

Der andere Aspekt, weshalb wir mit dem Theorem GMF unbedingt arbeiten sollten, ist genauso wichtig. Jeder Mensch gehört einer oder mehreren Gruppen an. Das gilt auch für diejenigen, die von Abwertung und Diskriminierung betroffen sind. Jede Person ist damit gleichzeitig Objekt und Subjekt des Handelns. Sie mag Gegenstand von Hass sein, doch das schließt nicht aus, dass sie selbst nicht auch hassen kann. Gerade in der antirassistischen Arbeit wird sehr oft von strukturellen Diskriminierungen gesprochen und das ist auch richtig. Strukturelle Bedingungen müssen politisch thematisiert werden. Hieran zu arbeiten und Verbesserungen bei der Politik einzufordern, ist ein wesentlicher Teil des Engagements. Der Ansatz, Diskriminierungen als Syndrom zu sehen in dem jeder gleichzeitig Ziel und Ausgangspunkt von Hass sein kann, ist auch ein Synonym für individuelle Verantwortung. Und das gilt für alle, ob diskriminiert oder nicht. Es ist eben nicht nur ein strukturelles Problem, sondern eine persönliche Entscheidung, sich so oder so zu verhalten.

Wäre es nicht so, dann bräuchte es in der Welt weder Pädagogik noch Hoffnung, sondern nur Strukturen und das wäre sehr düster. Deshalb arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung an verschiedenen Themen: Rassismus, Homo-/Transphobie, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bekämpfen, heißt für uns vor Ort an Strukturen UND Einstellungen zu arbeiten.

Kein Durchkommen für Nazis – Flüchtlinge willkommen heißen



Immer wieder versuchen Neonazis ihre menschenverachtende Ideologie auf die Straßen zu bringen – zuletzt am »Tag der Deutschen Zukunft« in Neuruppin. Doch eine aktive Zivilgesellschaft stellt sich ihnen in den Weg. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt Initiativen, die vor Ort langfristig für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten.
© Caruso Pinguin (CC BY-NC 2.0)



GEFÖRDETES PROJEKT Die Chronik rassistischer Gewalt gegen Flüchtlinge der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl für das Jahr 2014 ist erschreckend: 81 Übergriffe auf Flüchtlinge, 36 Brandanschläge und 211 Angriffe (Stein-/Böllerwürfe, Randalen, Schmierereien) auf Flüchtlingsunterkünften sowie 292 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen. Und die Gewalt setzt sich fort: Im 1. Halbjahr 2015 sind der Stiftung bereits 44 Verletzte bei Angriffen auf Flüchtlinge bekannt. Diese Angriffe werden jedoch nicht nur von Neonazis begangen. Vielmehr sind es immer häufiger auch sogenannte »besorgte Bürgerinnen und Bürger«, die ihren rassistischen Einstellungen freien Lauf lassen. Wie sich zuletzt im sächsischen Freital zeigte: Seite an Seite mit Neonazis hetzten Bürgerinnen und Bürger gegen die örtliche Flüchtlingsunterkunft. Rassistische Sprechchöre ertönten, Böller und Flaschen wurden auf die Unterkunft geworfen. Neonazis versuchen immer wieder flüchtlingsfeindliche Stimmungen für sich zu nutzen. So geschehen im Juni dieses Jahres: Unter dem Motto »Unser Signal gegen Überfremdung« mobilisierten sie zum siebten Mal für den »Tag der Deutschen Zukunft« – kurz: TDDZ. Ort des Geschehens war das brandenburgische Neuruppin. Rund 600 Rechtsextreme unterschiedlichster Couleur aus dem ganzen Bundesgebiet kamen zur jährlich stattfindenden rassistischen Kampagne.

Mit dem TDDZ haben sie versucht an ein gesellschaftlich aufgeladenes Klima anzuknüpfen, um die rassistische Stimmung vor Ort weiter anzuhetzen.

Wie gefährlich solche Hetzkampagnen sind, zeigen die erschreckenden Angriffe auf Geflüchtete, Flüchtlingsunterkünfte und Unterstützende in der Region Neuruppin: »Erst kürzlich haben Unbekannte eine syrische Flüchtlingsfamilie angegriffen. Sie hatten versucht, in die Wohnung einzubrechen und dabei rassistische Parolen gerufen. Zudem wurden Engagierte bedroht. Nach einer Demonstration der rechtsextremen Kameradschaft »Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland«, den Organisatoren des diesjährigen TDDZ, wurden die Reifen des Kleinbusses eines Vereins zerstochen, der sich aktiv für Geflüchtete und eine Willkommenskultur in der Stadt einsetzt«, erzählt Anja Krüger vom Bündnis »Keine Zukunft für Nazis«, das sich im Vorfeld des TDDZ gebildet hat. Hinter dem Scheibenwischer steckte ein Zettel mit der Botschaft: »Liebe Asylantenfreunde. Tröglitz ist auch hier. Bis bald!« Von solchen Vorfällen lassen sich die Menschen vor Ort nicht einschüchtern. Sie stellen sich den Neonazis entgegen und erhalten dabei viel Unterstützung. »Unser Ziel war es mittels zivilen Ungehorsams den TDDZ zum Scheitern zu bringen«, so Anja Krüger vom Bündnis. Mit großem Erfolg, wie sich zeigte. Sie stellten sich am TDDZ den Nazis in den Weg und verkürzten so ihre geplante Demonstrationroute. Für die Neonazis gab es kein Durchkommen. Weil breiter zivilgesellschaftlicher Protest unabdingbar ist, wenn Neonazis und Rassisten ihren Hass auf die Straße tragen, hat die Amadeu Antonio Stiftung das Bündnis »Keine Zukunft für Nazis« unterstützt.
Von Karsten Stöber

Klopf Klopf: Lübeck ist weltoffen

GEFÖRDETES PROJEKT Jahrelang marschierten Rechtsextreme am Jahrestag der alliierten Bombardierung in Lübeck auf. Sie versuchten dieses Datum für ihren Geschichtsrevisionismus zu nutzen: Die Deutschen seien Opfer und nicht verantwortlich für den zweiten Weltkrieg. Als Reaktion gründete sich vor vier Jahren der Verein »KlopfKlopf – Lübeck ist weltoffen«. Und der Name ist bis heute Programm: Nach den vielfältigen Aktionen des Bündnisses und weiterer Gegenproteste traten die Neonazis den Rückzug an und zogen sogar ihre Demoanmeldungen für die folgenden Jahre zurück. In diesem Jahr macht der Verein mit einer kreativen Aktion auf sich aufmerksam: die Lübeckerinnen und Lübecker sind aufgefordert, kreative Fotos ihrer Türen zu machen. »Wir wollen zeigen, dass Lübecks Türen der Welt offen stehen und jedes Klopfen selbstverständlich willkommen ist«, so der Verein über seine Motivation. Zudem wurde am Palmsonntag auf dem Marktplatz der Aktionstag mit einem vielfältigen Bühnenprogramm eingeläutet. Dabei haben die Anwohner Lübecks nicht nur ein klares Statement gegen Rechts gesetzt, sondern plädierten vor allem auch für eine gelebte Willkom-

menskultur für und mit Geflüchteten. Ein besonders wichtiges Anliegen ist den Engagierten die Verbindung von Hier und Jetzt sowie von Jung und Alt: »Wenn ich etwas besser gestalten will, muss ich wissen, was in der Vergangenheit Schlechtes passiert ist, um es in der Gegenwart und Zukunft besser zu machen«, erklärt Olivia Kempke, die Vorsitzende des Vereins. Gerade deshalb wurden bei gemeinsamen Stadtpaziergängen in diesem Jahr Orte der Erinnerung aufgesucht: Der Platz der Bücherverbrennung, Stolpersteine verfolgter jüdischer Mitbürger und das Denkmal für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Zum ersten Mal hat hier der Lübecker CSD e.V. über die Verfolgung Homosexueller in Lübeck und Deutschland der 30er und 40er Jahre berichtet. Der große Einsatz der Anwohner Lübecks ermutigt den Verein »KlopfKlopf« auch im nächsten Jahr einen Aktionstag zu starten. Denn das dauerhafte Engagement gegen Rechts hat die Stadt für Nazis unattraktiv gemacht. Sie können zwar an Lübecks Türen klopfen, ihnen wird jedoch niemand öffnen. Denn in Lübeck ist kein Platz für ihre menschenfeindliche Ideologie.
Von Imke Kummer

AKTIONSWOCHEN GEGEN ANTISEMITISMUS 2015

Die Aktionswochen haben sich zu der mit Abstand größten Kampagne gegen Antisemitismus in Deutschland entwickelt. Allein letztes Jahr haben sich über 180 Organisationen, Schulen, Jugendclubs, religiöse Einrichtungen und jüdische Gemeinden aus 90 Städten in allen Bundesländern mit über 400 Veranstaltungen beteiligt. 2015 wird es wieder rund um den 9. November zahlreiche Veranstaltungen überall in Deutschland geben. Ein thematischer Schwerpunkt sind in diesem Jahr die sogenannten Querfront-Bewegungen. Denn im letzten Sommer hat sich wieder gezeigt, dass kein Thema politische Gräben so sehr überwinden kann, wie der Antisemitismus. Unter dem Deckmantel der Israelkritik oder bei den »Montagsdemonstrationen für den Frieden« vereinen sich antisemitische Positionen von Rechtsextremen über die gesellschaftliche Mitte bis hin zu Personen mit linkem Selbstverständnis. Infos unter www.aktionswochen-gegen-antisemitismus.de

BIRLIKTE – AUS ZUSAMMENSTEHEN WIRD ZUSAMMENLEBEN

Im Juni 2004 zündeten Mitglieder des selbsternannten »Nationalsozialistischen Untergrund« mitten auf der Keupstraße in Köln-Mülheim eine Nagelbombe und verletzten 22 Menschen schwer. 2014, zum zehnjährigen Jahrestag des Anschlags, machten über 100.000 Besucher, unzählige Mitwirkende und die Bewohner Mülheims unter dem Motto »Birlikte – Zusammenstehen« aus dem Tatort des Terrorakts einen Ort des gemeinsamen Gedenkens, Diskutierens und Feierns. Nach den Ereignissen der letzten Monate, dem Erstarken von Pegida und ihren Ablegern, hat sich auch ein Jahr nach »Birlikte« wieder ein Aktionsbündnis unter Beteiligung der Amadeu Antonio Stiftung zusammengefunden, um ein gemeinsames Zeichen setzen: Gegen Intoleranz und Rassismus und für eine offene und friedliche Stadtgesellschaft. Aus »Birlikte – Zusammenstehen« wird deshalb im Juni 2015 »Birlikte – Zusammenleben«.

AMADEU ANTONIO PREIS

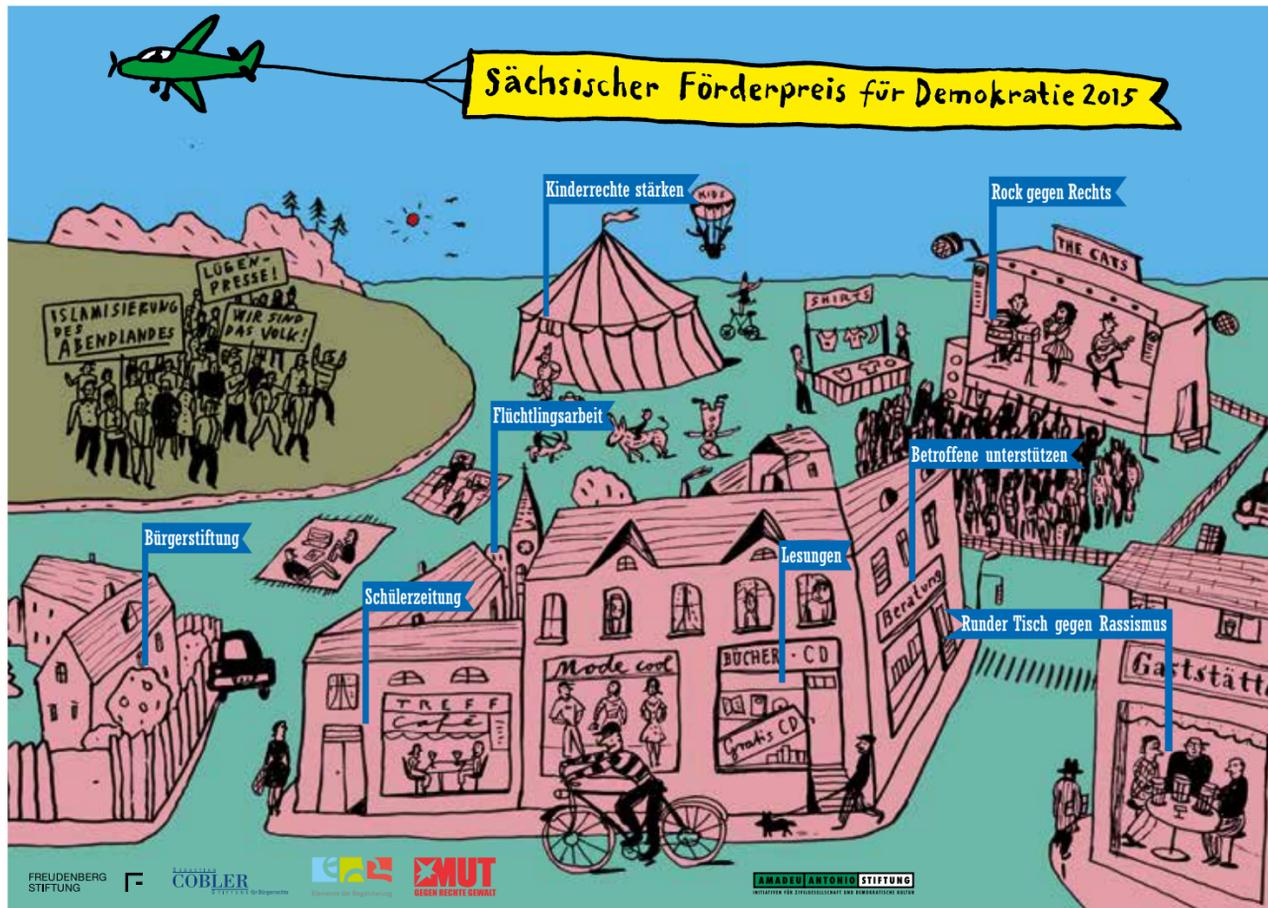
Nachdem eine Gruppe rechtsextremer Jugendlicher den angolanischen Vertragsarbeiter Amadeu Antonio brutal attackierten, verstarb er am 6. Dezember 1990 an den Folgen der Gewalt. Amadeu Antonio war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Gemeinsam mit der Stadt Eberswalde hat die Amadeu Antonio Stiftung in diesem Jahr, anlässlich seines 25. Todestages, den Amadeu Antonio Preis ins Leben gerufen. Er soll innovative Projekte, Initiativen und Einzelpersonen aus Kunst und Gesellschaft würdigen, auszeichnen und bekannt machen. Damit gedenken wir nicht nur ihm, sondern heben auch die Vorbildlichkeit rassistismuskritischen Engagements hervor. Wir wollen Mut machen, sich auf kreative Weise für eine gleichberechtigte und offene Gesellschaft einzusetzen. Weitere Infos unter www.amadeu-antonio-preis.de

BRANDSTIFTUNG BEGINNT IM NETZ

Spätestens seit der organisierten Hetze gegen Flüchtlingsheime und Pegida ist klar geworden, wie die hasserfüllte Debatte im Netz als Katalysator für reale Gewalt wirkt. Die Sprache des Hasses - Hate Speech - hat sich in der digitalen Kommunikation breit gemacht und droht die Debattenkultur zu dominieren. Wie im richtigen Leben wird auch Online der Lauteste zuerst gehört. Wo rassistische und beleidigende Kommentare die Debatte bestimmen, ziehen sich Nicht-Hasser schnell zurück. Deshalb hat die Amadeu Antonio Stiftung nun die Publikation »Geh sterben!«. Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet« veröffentlicht. Sie hilft, Hate Speech und ihre Codes zu identifizieren und gibt Anregungen zum Widerspruch. Die Handreichung kann bei der Amadeu Antonio Stiftung bestellt werden.

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Neonazis am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann: Initiativen, die sich dauerhaft gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen in den Bereichen

demokratische Jugendkultur, Opferschutz, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteiger aus der Naziszene. Für sie und ihr Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt.



Preiswürdiges Engagement aus Sachsen gesucht

Der Sächsische Förderpreis für Demokratie schenkt seine Aufmerksamkeit Initiativen und Kommunen in Sachsen, die sich für Menschenrechte, Demokratie und den Schutz von Minderheiten einsetzen. In diesem Jahr sind besonders engagierte Gemeinden, die menschenverachtenden Parolen und Übergriffen mit wirkungsvollen Konzepten entgegentreten, zur Bewerbung eingeladen. Bis zum 1. September können sich Initiativen und Kommunen bewerben oder von anderen nominiert werden. Der Preis wird ausgelobt von der Amadeu Antonio Stiftung, der Freudenberg Stiftung, der Sebastian Cobler Stiftung und der Stiftung Elemente der Begeisterung.

Weitere Infos unter www.demokratiepreis-sachsen.de

10 Punkte für eine kommunale Willkommensoffensive

Wenn es um die konkrete Lebenssituation der Flüchtlinge geht, sind in ganz praktischer Weise vor allem die Kommunen gefordert. Kommunen gestalten entscheidend das gesellschaftliche Klima vor Ort mit. Deswegen stehen sie im Zentrum der »10 Punkte für eine kommunale Willkommensoffensive«. Ein vorausschauendes

Handeln der Kommunen ist unabdingbar. Denn politische Versäumnisse werden von der Bevölkerung oftmals nicht als Fehlentscheidungen einzelner politisch Verantwortlicher wahrgenommen, sondern führen vielmehr zu Vorurteilen und Hass und letztlich zu Angriffen auf geflüchtete Menschen.

- 1. Grundrecht auf Asyl:** Kommunen sollten klar Haltung beziehen, dass Asylsuchende und Flüchtlinge willkommen sind. Denn Asyl zu bekommen, ist das Grundrecht eines jeden Menschen.
- 2. Schutz vor Übergriffen:** Gerade in strukturschwachen Regionen gibt es viele Engagierte, die im Falle einer Bedrohung für den Schutz von Flüchtlingsunterkünften sorgen. Sicherheit und Schutz vor Übergriffen sollten jedoch nicht auf die Zivilgesellschaft verlagert werden. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass die Polizei oder private Securityfirmen diese Aufgaben übernehmen. Das Sicherheitspersonal sollte weder aktuell noch in der Vergangenheit der rechtsextremen Szene nahe stehen und rassistisch kritisch geschult werden.
- 3. Verantwortung übernehmen:** Ehrenamtliches Engagement ist wichtig, darf aber nicht die professionelle Sozialarbeit ersetzen. Kommunen sollten – unterstützt durch Länder und Bund – Verantwortung übernehmen, um personelle wie finanzielle Ressourcen für spezialisierte Flüchtlingsberatungen zur Verfügung zu stellen, die auch Rechts- und Sozialberatung sowie interkulturelle Sensibilisierungskurse umfassen.
- 4. Transparenz und langfristige Planung:** Die Anwohnerschaft sollte über die Neueinrichtung von Flüchtlingsunterkünften rechtzeitig und sachlich informiert werden. Die frühzeitige Einbeziehung und Mitsprache der Bevölkerung kann Vorurteile verhindern und langfristig Akzeptanz schaffen.
- 5. Flüchtlinge einbeziehen:** Kommunen sollten sich für eine frühzeitige gesellschaftliche Teilhabe der Flüchtlinge einsetzen und dabei auch deren Bedürfnisse abfragen. Zudem müssen sie einen barrierearmen und diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen, Ausbildung und Arbeit schaffen.

- 6. Rassismus entgegentreten:** Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung müssen zwar ernst genommen werden, dürfen aber nicht rassistische Argumentationen legitimieren. Bei Vereinnahmungsversuchen durch Rechtsextreme müssen Kommunen rechtzeitig intervenieren und sich offen-siv gegen rechtsextreme und rassistische Aufmärsche, Aktivitäten und Parolen stellen.
- 7. Zivilgesellschaftliche Willkommensbündnisse unterstützen:** Kommunen sollten Willkommensbündnisse unterstützen, indem sie Einrichtungen und Menschen vernetzen, die sich bereits engagieren oder dies tun möchten. Dafür sollten sie ihnen kommunale Räume und Ressourcen zur Verfügung stellen.
- 8. Netzwerke ausbauen:** Bereits vor Ort bestehende Infrastrukturen aus Ämtern und öffentlichen Einrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen, Flüchtlingsräten und -initiativen, Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Wohnungsbaugesellschaften und Gewerkschaften sollten als Schnittstellen besser vernetzt, qualitativ weiter entwickelt, ausgebaut und gestärkt werden.
- 9. Kooperationen mit Unternehmen:** Unternehmen, die sich für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen, stellen wichtige Kooperationspartner für Kommunen dar. Denn diese können eine Vorreiterrolle einnehmen und das gesellschaftliche Klima positiv beeinflussen.
- 10. Selbstverpflichtung der Städte und Kommunen:** Kommunen sollten Aktionspläne für eine langfristige Willkommens- und Teilhabekultur für Flüchtlinge formulieren. So schaffen Kommunen Transparenz und Überprüfbarkeit: Für Anwohnerinnen und Anwohner wird politisches Handeln nachvollziehbarer und transparenter.

Creating Public Spaces



Der Schein trägt: Neonazis nutzen die dörfliche Idylle, um vermeintlich ungestört zu agieren. © Timo Müller

Im Juni 2014 verbietet der Freistaat Bayern die Kameradschaft »Freies Netz Süd«. Mit dem Erlös aus dem Versandhandel »Final Resistance« – zu Deutsch: letzter Widerstand – finanzierten die Neonazis ihre Aktionen.

Angesiedelt war der Versand in Oberprex – ein kleiner Ort im Landkreis Hof mit knapp 100 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Nazis kauften sich ein ehemaliges Restaurant und verschickten von dort ihre Propaganda bundesweit. Was passiert nun mit der beschlagnahmten Immobilie? Kann eine neue Verwendung sinnvoll zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft im öffentlichen Raum genutzt werden? Diesen Fragen widmet sich die Amadeu Antonio Stiftung in dem neuen Projekt »Creating Public Spaces«, das die Stiftung zusammen mit dem Anti-Mafia Verein Echolot und der Regionalregierung von Kalabrien umsetzt und durch ein Programm der Europäischen Union gefördert wird. Wir sprachen darüber mit Timo Reinfank von der Amadeu Antonio Stiftung.

Was verbirgt sich hinter »Creating Public Spaces«?

Es gibt in Deutschland Angsträume oder auch »No-Go-areas«: Neonazis oder Mafia-Strukturen schüchtern dort all diejenigen Menschen ein, die nicht in ihre menschenfeindliche Ideologie passen. Hier agieren sie weitestgehend ungehindert. Die Leute vor Ort haben Angst vor Angriffen. In dem Projekt geht es um die Wieder-Aneignung und Neugestaltung dieser Räume, nachdem der Staat diese Immobilien beschlagnahmte, wie es in Oberprex der Fall war.

Wie entstehen solche Angsträume?

Neonazis nutzen den oft im ländlichen Raum herrschenden Mangel an demokratischer Kultur und einer fehlenden Zivilgesellschaft. Neonazis versuchen in dieser Lücke Fuß zu fassen. Mit einem Immobilienkauf festigt sich dann die rechte Hegemonie über

eine Region. Die Bundesregierung geht davon aus, dass bundesweit circa 250 Immobilien für rechtsextreme Zwecke genutzt werden, wovon sich ungefähr 60 in Besitz von Rechtsextremisten befinden. Diese Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht. Wir sehen die Erfahrung und das Wissen unserer italienischen Kooperationspartnerinnen und -partner als Vorbild. Süditalien ist für stark ausgeprägte mafiose Strukturen und damit auch demokratiefreie Räume bekannt.

Wie ist die Umnutzung in Italien geregelt?

Wenn die Polizei dort Immobilien oder Grundstücke beschlagnahmt, werden sie zumeist in die öffentliche Hand übergeben. Dies machen sich zivilgesellschaftliche Organisationen zu Nutze und versuchen, aus diesen Immobilien öffentliche demokratische Räume zu machen, die die Zivilgesellschaft für sich nutzt. In Italien ist das schon gängige Praxis: In der konfiszierten Villa eines Mafia-Bosses wurde ein Mafia-Museum eingerichtet, das nun über die mafiosen Strukturen aufklärt und informiert.

Die »Wieder-Aneignung des öffentlichen Raumes« – wie kann man sich das in der Praxis vorstellen?

Wir versuchen, das Prinzip der italienischen Initiativen in den deutschen Raum zu übertragen. Bisher gibt es in Deutschland keine bundesgesetzliche Grundlage für die Übergabe der Immobilien in die öffentliche Hand. Wir setzen uns also gemeinsam dafür ein, dass die jeweilige Entscheidung über die weitere Nutzung der Grundstücke nicht vom jeweiligen Verwaltungshandeln der zuständigen Gerichte abhängt, sondern bundesweit gesetzlich einheitlich geregelt wird. Darüber hinaus bedarf es derzeit überhaupt erstmal einer bundesweiten und öffentlich sichtbaren statistischen Erfassung von Immobilien, die durch Rechtsextreme genutzt werden. Die gibt es zurzeit nämlich nicht.

Das Interview führte Imke Kummer



Mut zum Nein

GEFÖRDERTES PROJEKT

»Nein« sagen, wenn Menschen diskriminiert werden. Das ist die vielleicht einfach klingende, aber doch so wichtige Botschaft des diesjährigen »Rock gegen Rechts« in Ludwigsburg. Seit 25 Jahren finden im Landkreis Ludwigsburg, nördlich von Stuttgart, Konzerte unter diesem Motto statt. Mit den Konzerten wollen engagierte Leute aus dem Kreis eine Alternative zu den Köderversuchen der Rechtsextremen bieten. Denn damals wie heute kommt es zu Beleidigungen und gewalttätigen Übergriffen aus der rechten Szene. Aber davon lässt sich das Organisationsteam des Festivals nicht abschrecken. »Wir wollen einen Prozess anstoßen, der Menschen in Zukunft hilft und Mut macht »NEIN« zu sagen, wenn Menschen diskriminiert werden«, wie Lisa vom Organisationsteam erläutert. Jahr für Jahr wurden die Konzerte größer und das Programm vielfältiger. Die stern-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« unterstützt mit der Amadeu Antonio Stiftung das diesjährige Konzert in Ludwigsburg. So können die »alten Hasen« auch dieses Jahr gemeinsam mit den Jüngeren feiern.

Bereits in den 90er Jahren kamen tausende Menschen zum »Rock gegen Rechts«-Konzert in Bietigheim, um den Neonazis eine klare Absage zu erteilen. Ein großer Erfolg für die Veranstaltenden. Gerade wenn man berücksichtigt, dass zu jener Zeit das Neonazi-Problem hauptsächlich auf die ostdeutschen Länder reduziert wurde. Städte wie Mölln, Lübeck und Solingen stehen jedoch beispielhaft für die tödlichen Folgen rassistischer Hetze in Westdeutschland. Seit 1990 zählt die Stiftung über 90 Todesopfer rechter Gewalt in den alten Bundesländern.

So berichten die Organisatoren auch von aktuellen Ereignissen, die auf die anhaltende rechtsextreme Gewaltverweisen: Rechtsextreme haben zuletzt einen Brandanschlag gegen eine Gruppe türkischer und italienischer Jugendlicher in einem Gartenhaus verübt. Es tauchen immer wieder Hakenkreuz-Sprühereien, Aufkleber und Plakate mit rassistischen Parolen auf.

Wie wichtig das Engagement des »Rock gegen Rechts«-Teams ist, zeigen auch die neuesten Ergebnisse aus NSU Untersuchungen. In Ludwigsburg gibt es gefestigte Blood & Honour Strukturen mit Kontakten zum NSU. Gerade bei jungen Menschen versuchen Neonazis bis heute ihre Propaganda zu verbreiten: »Sie tauchen in Jugendhäusern auf, verpacken ihre menschenverachtenden Meinungen in verschiedene Musikstile und entwerfen hippe Kleidung mit Nazisymbolen und versteckten Codes«, erklärt Lisa. Lange Zeit war die Rockfabrik Ludwigsburg Treffpunkt für Neonazis aus der ganzen Region. Um Neonazis diese öffentlichen Räume nicht zu überlassen, findet in Ludwigsburg das »Rock gegen Rechts« auch in diesem Jahr mit einem vielfältigen Programm statt: »Wir glauben, dass man Menschen am besten mit Musik erreichen kann. Musik berührt, bewegt und öffnet Menschen für verschiedene Themen.«

Von Inke Kummer



»Die Betroffenen kommen selbst zu wenig zu Wort«

GEFÖRDERTES PROJEKT

Wie wird über Migrantinnen und Migranten in den Medien berichtet, wie sind sie selber in den Medien repräsentiert? Die Amadeu Antonio Stiftung fördert den Mediendienst Integration bei seiner Arbeit für eine differenziertere Berichterstattung über Migration und Integration. Wir haben uns mit Rana Göroglu, Redakteurin beim Mediendienst Integration, unterhalten:



Rana Göroglu arbeitet seit 2012 beim Mediendienst Integration. © Thomas Lobenwein

Welche Rolle spielen Medien in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus?

Wie bei fast allen Themen eine zentrale Rolle, da Medien unsere Wahrnehmungen und Einstellungen stark beeinflussen. Meist ist es ja so, dass die Menschen keinen direkten Kontakt zu bestimmten Themen oder Gruppen haben, sondern sich ihre Meinung mit Informationen indirekt aus den Medien bilden. Was wird aber in den Medien überhaupt als »rassistisch« oder »rechtsextrem« bezeichnet? Gerade beim Themenkomplex Rassismus kann man in Deutschland eine starke Zurückhaltung beobachten: So ist in Medienberichten viel öfter von »Fremden« oder sogar »Ausländerfeindlichkeit« die Rede als von Rassismus. Zudem wird Rassismus meist nicht als Problem in der Mitte der Gesellschaft gesehen, sondern als etwas, das ausschließlich von Rechtsextremisten oder Neonazis ausgeht

Warum hat sich der Mediendienst Integration gegründet?

Die Frage, wie und aus welcher Perspektive Medien über Migration, Integration, Flucht und Asyl berichten, ist in Deutschland noch relativ jung. Das wurde erst ab Mitte des vergangenen Jahrzehnts verstärkt diskutiert. Unter anderem auch beim »Nationalen Integrationsgipfel«, bei dem sich von 2006 bis 2011 Chefredakteure, NGO-Vertreter und Wissenschaftler trafen. Dort entstand die Empfehlung, einen Mediendienst zu gründen. Er sollte Journalisten schnell und fundiert Zahlen, Fakten und Experten zu den vielen Fragestellungen vermitteln, die sich in der zunehmend vielfältiger werdenden Gesellschaft stellen. 2012 wurde das dann in die Tat umgesetzt. Die Sarrazin-Debatte, die 2010 über Monate hinweg

in den Medien präsent war, war nicht der Auslöser, hat aber noch einmal ganz deutlich gezeigt, was für ein gesellschaftliches Konfliktpotential in diesen Themen steckt und wie wenig sachorientiert oft darüber diskutiert wird. Die Thesen Sarrazins ließen sich nämlich widerlegen. Die empirischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu gab es, nur fehlte es damals an einer Stelle, die das gebündelt hätte.

Was bietet der Mediendienst Integration Journalistinnen und Journalisten an?

Zum einen bieten wir auf unserer Website Grundlageninformationen, Artikel und Interviews zu Themen wie Zuwanderungsrecht, Asyl, Arbeitsmarktintegration, Rassismus, Rechtsextremismus oder Islam und Muslime in Deutschland. Zahlen, Fakten und Studien fassen wir kurz und übersichtlich zusammen. Wer weiterlesen will, kommt über Verlinkungen zu den Originalquellen. Darüber hinaus können Journalisten uns anrufen oder mailen, wenn sie nach Experten für ihre Berichte suchen. Und wir bieten ihnen Expertengespräche und Medientouren zu einzelnen Themen an.

Anfang der 1990er gab es massive Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, aktuell nehmen die Angriffe auf Flüchtlinge wieder zu. Hat sich die mediale Berichterstattung verändert?

Natürlich gibt es noch einiges zu tun. Aber ich denke, dass sich schon viel zum Besseren verändert hat. Es wird zum Beispiel mehr über die Erfahrungen, Schicksale und Geschichten von Flüchtlingen erzählt, im Idealfall auch über ihre Hoffnungen oder Qualifikationen, die sie mitbringen. Und ich glaube auch, dass die Migrations- und Flüchtlingspolitik kritischer begleitet wird. Aber das könnte mehr sein. Zum anderen kommen die Betroffenen selbst oft zu wenig zu Wort, wie an der Berichterstattung über den Brandanschlag in Tröglitz Anfang April sehr gut zu sehen war. Auch wenn die Unterkunft dort noch nicht bewohnt war, hätte man das stärker zum Anlass nehmen können, zu schauen, wie sich eigentlich diejenigen fühlen, gegen die sich die meisten Anfeindungen und Übergriffe richten.

Das Interview führte Inke Kummer



© Thomas Lobenwein

Neue Publikation zu Antisemitismus und Israelkritik

An einem Sonntag im April dieses Jahres. Gleich ist Anpfiff beim Fußballspiel der zweiten Liga zwischen dem 1. FC Union Berlin und dem FC Ingolstadt. Plötzlich sorgt die Polizei für Unruhe im Fanblock der Ingolstädter. Die Fans zeigen eine Israelfahne, wie so häufig. Denn einer der Stars ihrer Mannschaft, Almog Cohen, ist Israeli. Die Polizei fordert die Fans auf, die Israelfahne einzurollen. Diese stelle angesichts der großen Palästinenser-Gemeinde in Berlin eine Provokation dar. Ingolstadts israelischer Spieler Cohen ist vom Vorfall entsetzt: »Ich sehe, wie unsere Fans die israelische Fahne herunternehmen. Sie sagen mir, dass sie das auf Anweisung eines Ordners getan haben. Mir hat der Ordner dann gesagt, dass keine politischen Symbole erlaubt sind. Da habe ich ihn gefragt, ob auch Fahnen anderer Länder verboten sind. Da sagte er mir: »No, only Jewish flag.« Das hat mich schockiert.« Die Polizei entschuldigt sich später für diese Maßnahme. Also alles halb so schlimm? Wohl kaum.

Ein Blick zurück: »Die antisemitische Hasswelle des vergangenen Sommers«, so die Journalistin Esther Schapira, »löste bei vielen Deutschen Entsetzen und Mitgefühl aus. Aber keine Angst. Sie fühlten sich nicht gemeint. Sie begriffen nicht, dass Antisemitismus, auch wenn er sich als »Israelkritik« tarnt, die demokratische Substanz des Staates und damit am Ende auch sie selbst gefährdet.« Wie diesem alltäglichen Angriff auf Jüdinnen und Juden unter dem Deckmantel der Israelkritik begegnet werden kann, ist Kern unserer grundlegend aktualisierten Broschüre zum israelbezogenen Antisemitismus. Sie erläutert einfach und verständlich, wie zwischen Kritik und israelbezogenen Antisemitismus unterschieden werden kann. Wie pädagogisch zu reagieren ist und warum es ein Problem der gesamten Gesellschaft und eben nicht nur von »muslimischen Jugendlichen« ist. Die Broschüre kann bei der Amadeu Antonio Stiftung bestellt werden.

Von Jan Riebe



Demonstration in Bremen während des Gaza-Krieges 2014.

© Jean-Philipp Baeck

Zivilgesellschaftliche Antworten auf Debatte um Antisemitismus

Keine politische oder gesellschaftliche Gruppe ist von antisemitischen Vorurteilen ausgenommen: von rechts bis links, von arm bis reich sehen wir ein Erstarken des Antisemitismus in verschiedenen Formen. Ob über den Umweg einer obsessiven Israelkritik oder als antisemitische Verschwörungstheorie – immer häufiger werden die Probleme der Welt mit antisemitischen Mythen erklärt und führen zu feindseligen Haltungen gegenüber Jüdinnen und Juden. »Was wir jetzt brauchen, ist ein politischer Dialog über die Umsetzung konkreter Maßnahmen gegen Judenfeindschaft«, erklärt Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung. Im Frühjahr 2015 wurde deshalb das Netzwerk zur Erforschung und Bekämpfung des Antisemitismus kurz: NEBA gegründet. Es ist nicht das erste Netzwerk gegen Antisemitismus, aber das einzige, das auf die jüdi-

sche Perspektive Wert legt und gleichzeitig politisch unabhängig handelt. Das war bisher nicht selbstverständlich. Gründungsmitglieder von NEBA sind die Amadeu Antonio Stiftung, das Moses Mendelssohn Zentrum und das American Jewish Committee. »Das Netzwerk ist eine zivilgesellschaftliche Antwort auf aktuelle Debatten«, ergänzt Kahane. In den kommenden Jahren wird NEBA vorhandene Netzwerke gegen Antisemitismus unterstützen und neue knüpfen. Es wird Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Bildung, Medien und Praxis im Kontext von Antisemitismus kritisch begleiten und eigene Expertisen zur Verfügung stellen. NEBA wird Forderungen stellen wie Antisemitismus bekämpft werden soll, wird Handlungsvorschläge entwickeln und stets den Dialog mit Politik und Gesellschaft suchen.



Rechte Frauen in Mecklenburg-Vorpommern verharmlost und verkannt

Rechtsextreme Frauen werden mit ihrer politischen Einstellung und ihrem Handeln oft unterschätzt, verharmlost oder überhaupt nicht erst wahrgenommen. Das zeigt nicht nur die Debatte um Beate Zschäpe und ihre Beteiligung an den Taten des NSU. Das Bild der politisch desinteressierten und friedliebenden Frau sitzt tief. Mit schwerwiegenden Folgen: Taten von rechtsextremen Frauen werden häufig nicht oder nur sehr spät erkannt. Und selbst wenn sie erkannt werden, werden sie meist nicht mit deren politischer Ideologie in Verbindung gesetzt. Häufig bedienen sich Nazis strategisch genau diesem Bild: Frauen bessern das öffentliche Image auf, sollen die NPD bürgernah, friedlich und wählbar darstellen. Rechtsextreme Frauen melden Demos und Veranstaltungen an – und werden hierbei oft nicht als Neonazis erkannt. Sie kandidieren auf den vorderen Listenplätzen der NPD, um diese nach der Wahl für ihre männlichen Parteikameraden frei zu machen, marschieren in der ersten Reihe bei Demos. Sie stützen die Szene von innen und unterwandern gleichzeitig öffentliche Einrichtungen, engagieren sich in Kitas, Elternbeiräten, Sportvereinen und Freizeitaktivitäten der Gemeinden. Gerade in der Nachbarschaft sind sie erfolgreich: Es entstehen »Dorf-Gemeinschaften«, die von rechten Kadern dominiert werden. Siedlerinnen und Siedler schüchtern durch eine völkisch-nationale Bewegung demokratische Initiativen ein. Viele Personen sind überfordert, wenn sich herausstellt, dass die Kollegin, Nachbarin, engagierte Vereinsfrau oder Betreuerin einer Kita eben auch in der Neonazi-Szene aktiv ist. Gleichzeitig hetzen rechtsextreme Frauen im Zusammenhang mit ihrer Rolle als sorgende Mutter gegen Flüchtlinge, warnen vor einem angeblichen »Volkstod« und fordern die Todesstrafe für Täterinnen und Täter sexuellen Missbrauchs. Die neue Veröffentlichung »Frauen und Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern« ist erarbeitet vom Verein »Lola für

Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern« in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung. Die Broschüre ist beauftragt durch den Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern und finanziert vom Sozialministerium des Landes. Die Artikel schärfen den Blick für die Rolle der Frau und ihre Funktionen in der rechtsextremen Szene. Gleichzeitig werden Handlungsempfehlungen für verschiedene gesellschaftliche Bereiche gegeben.

Der Verein »Lola für Ludwigslust« ist aus dem gleichnamigen Projekt der Amadeu Antonio Stiftung hervorgegangen und setzt sich seit 2008 für eine geschlechterreflektierende Perspektive in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und für demokratische Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Von Sina Doughan



BAFF – Schön, dass du da bist!

GEFÖRDETES PROJEKT Seit 20 Jahren gibt es schon das Musikprojekt »BAFF – Bands auf festen Füßen« im brandenburgischen Joachimsthal. Dabei stand der Anfang unter keinem guten Stern: Um Vorurteile gegenüber Migranten und Geflüchteten aufzubrechen, lud die Pfarrerin Beatrice Spreng türkische Kinder und Jugendliche aus Berlin-Kreuzberg für ein Konzert nach Joachimsthal ein. Nach dem Auftritt umringten plötzlich 30 Jugendliche den Bandbus der türkischen Kids, »versuchten ihn aufzuschaukeln«, wie Beatrice Spreng es nennt, bedrohten die Insassen. »Die ganze Gemeinde war schockiert. Das waren unsere Kinder, zum Teil unsere Konfirmanden«. Deshalb stand die Gemeinde auch hinter ihr, als sie beschloss: Wir müssen etwas tun. So entstand BAFF. Ein musikalisches Projekt mit Kindern und Jugendlichen, um ihr Selbstbewusstsein zu stärken und gemeinsame Erfahrungen zu schaffen. Im Ort stieß Beatrix Spreng hiermit jedoch auch auf Gegenwind und Skepsis, weil sie rechtsextreme Tendenzen benannte. »Immer wenn jemand zu mir gesagt hat: ‚Das sind doch unsere Kinder, die sind doch keine Rechten‘, habe ich geantwortet: Natürlich sind das keine Rechten. Aber es sind Jugendliche auf der Suche nach Anerkennung, und mit einem so geringen Selbstwertgefühl, dass sie sich der rechten Agitation nicht entgegenstellen.« Von Musik verspricht sich Beatrix Spreng viel: Es ist

Jugendkultur, interessiert die Kids also auch. Man muss sich zuhören und gegenseitig respektieren, um einen Song zustande zu bekommen: »Jeder kann Spaß an Musik haben, gemäß der Idee, aus einer Bande eine Band zu machen«, sagt sie. Heute gibt es drei Kinder- und Jugendtanzgruppen und sechs Bands. Doch das Projekt hat sich noch weiter entwickelt: Anfang 2015 wurden in der Nachbargemeinde Althüttendorf 100 Geflüchtete unter schlechten Bedingungen untergebracht. Die Kinder und Jugendlichen von BAFF wollten den Flüchtlingen zeigen, dass sie willkommen sind. Sie veranstalteten ein Willkommens-Café, zu dem fast 100 Menschen kamen. »Ein großer Erfolg!«, freut sich die Pastorin. Ein weiteres ist schon in Planung. In diesem Jahr ist sogar noch mehr geplant: Die Kinder und Jugendlichen haben vorgeschlagen, Sprach-Workshops zu veranstalten, in denen musikalisch die deutsche Sprache erlernt wird. Abschluss der Veranstaltungen ist ein großes, mit den Geflüchteten gemeinsam organisiertes Konzert, bei dem die eigenen Stücke gespielt und Tanzgruppen aus Berlin und Eberswalde auftreten sollen. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt das Engagement von BAFF bereits seit mehreren Jahren. Auch in diesem Jahr, weil wir es wichtig finden, eine aktive Willkommenskultur für und mit Kindern zusammen zu gestalten.

Von Imke Kummer

Benefizparty für Betroffene rechter Gewalt im Berghain

NO HISTORICAL BACKSPIN! Der Berliner Club »Berghain« im Stadtteil Friedrichshain ist seit Jahren der »place to be« für Feierwütige aus der ganzen Welt. Umso mehr hat sich die Amadeu Antonio Stiftung gefreut, als sich die international bekannte DJane Monika Kruse zusammen mit dem Team des Berghains entschied, genau dort eine ihrer legendären »No Historical Backspin«-Partys zu veranstalten. Diese Partys organisiert die Berlinerin seit den 2000ern: Die teilnehmenden Musiker und DJs treten stets ohne Gage auf und setzen ein klares Zeichen, dass Rassismus und rechte Gewalt in der elektronischen Musik keinen Platz haben. Denn innerhalb der elektronischen Musikszene gibt es immer wieder Adaptionsversuche von Seiten der Neonazis, Jugendliche auf diese Weise zu ködern. Die Erlöse der Veranstaltung kommen dem Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung zugute. Dank dem großartigen Einsatz vieler Einzelner ist die Benefizparty im Berghain zu einem großen Erfolg geworden: Über 20.000 Euro kamen an diesem Abend für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt zusammen. »Wir stellen uns gegen jede Form von Diskriminierung – sei es Sexismus, Homophobie oder Antisemitismus. 70 Jahre nach der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland wollen wir mit Spaß die Vielfältigkeit von Menschen feiern und durch

Musik, Freude und Gemeinsamkeit eine Toleranz vorleben, die wir als selbstverständlich für eine gemeinsame, friedliche Zukunft sehen«, erklärt die bekannte Berliner DJane und Musikproduzentin. Die Amadeu Antonio Stiftung bedankt sich herzlich für dieses tolle Engagement und freut sich auch zukünftig auf weitere »No Historical Backspin«-Partys.

Von Anna Brausam



IHRE SPENDE KOMMT AN!

In Limbach-Oberfrohna im Südwesten von Sachsen engagieren sich seit Jahren jungen Menschen gegen die örtliche rechtsextreme Szene. Immer wieder werden sie deshalb von Neonazis angegriffen und bedroht. Als der alternative Treffpunkt der Jugendlichen in Flammen steht, erreicht die rechte Gewalt ihren Höhepunkt. Wie durch ein Wunder wird niemand verletzt. Dank Ihrer Spende konnte die Amadeu Antonio Stiftung die Jugendlichen nicht nur beim Aufbau der zerstörten Vereinsräume unterstützen, sondern auch vor Ort bei der Umsetzung weiterer Projekte helfen. Dass wir den jungen Menschen in Limbach-Oberfrohna und vielen anderen Engagierten dauerhaft helfen können, verdanken wir Ihrer Unterstützung!

Helfen Sie auch weiterhin mit! Denn die beste Antwort auf Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind Initiativen, die sich vor Ort ganz konkret für eine demokratische Kultur engagieren. Mehr als 900 solcher Projekte konnten wir bereits fördern und so an vielen Orten das Klima zum Guten ändern. Allein in diesem Jahr waren es 47 gute Ideen, die die Demokratie bereichern. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Erfolg fortsetzen.

Spendenkonto GLS Bank
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Die Stiftung sendet Ihnen eine Spendenquittung zu, bitte geben Sie hierzu Ihre Adresse bei der Überweisung an.

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift einmalig _____ €
- Ich spende per Lastschrift _____ €
- monatlich halbjährlich jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
 Amadeu Antonio Stiftung, Linienstraße 139, 10115 Berlin



© CSD Pirna e.V.

Kleiner CSD – Große Wirkung

GEFÖRDETES PROJEKT In weit über 50 Städten Deutschlands findet mittlerweile der Christopher Street Day (CSD) statt. Auch in Pirna. Was auf den ersten Blick als nichts Besonderes erscheint, ändert sich bei einem zweiten Blick auf die Landkarte. Pirna ist eine beschauliche Kleinstadt in der Sächsischen Schweiz. Eine Region, die überregional nicht nur für ihre wunderschönen Naturlandschaften, sondern auch als Hochburg neonazistischer Kräfte und der NPD Bekanntheit erlangte. Bei konstant zweistelligen Ergebnissen für die NPD bei Kommunalwahlen wird deutlich: Die Sächsische Schweiz ist für Schwule und Lesben, Trans- und Bisexuelle kein leichtes Pflaster. Immer wieder wurden Mitglieder der ersten schwullesbischen Initiative »Pirls« Opfer von Rechtsextremen. Sie wurden belästigt und bedroht, Veranstaltungen des Vereins regelmäßig gestört. Auch der Hitlergruß wurde schon gezeigt. Viele Betroffene verließen den Landkreis, der Verein existiert in Pirna mittlerweile nicht mehr. Aber es fanden sich Neue. Engagierte gründeten einen neuen Verein und organisieren bereits seit einigen Jahren den CSD in Pirna. »Unser Verein ist in der Ost-sächsischen Schweiz der einzige seiner Art. Und mit unseren aktuell 14 Mitgliedern ist die Planung eines solchen Events eine Mammutaufgabe, die wir jedes Jahr erfolgreich meistern«, erzählt Christian Hesse, Vorstandsvorsitzender des CSD Pirna e.V.

Der CSD in Pirna ist viel mehr als eine große Party mit bunten Kostümen und Techno-Musik. Die Veranstalter setzen ein Zeichen für die Rechte von Homo-, Trans- und Bisexuellen und gegen Homophobie, rassistisches und neonazistisches Gedankengut. »Unsere Ziele sind klar und deutlich: Wir wollen die Menschen vor Ort aufklären und setzen uns für Akzeptanz und Toleranz ein. Denn Mensch ist Mensch, unabhängig von sexuellen Neigungen oder Orientierungen«, erläutert Hesse das Anliegen seines Vereins. Weil dies in einer Region, in der Neonazis außergewöhnlich stark in der Gesellschaft verwurzelt sind, alles andere als selbstverständlich ist, wurde dem Verein CSD Pirna e.V. letztes Jahr der Sächsische Förderpreis für Demokratie verliehen. Dabei wurde ihr unverzichtbares Engagement für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen gewürdigt, ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Auch in diesem Jahr werden sich am 4. Juli die Straßen von Pirna in ein Regenbogen-Farbenmeer verwandeln – diesmal mit finanzieller Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung. Auf dem Programm: Ein einmaliges Musikprogramm, ein kunterbunter Umzug, aber auch eine wichtige politische Botschaft. So wird in Gedenken an all jene Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, ein Flash-Mob mit hunderten Luftballons stattfinden.

Von Karsten Stöber

Auf den Spuren jüdischer Geschichte in Cottbus

GEFÖRDETES PROJEKT Gemeinsam mit Geschichtslehrer/innen und Exkursionsleiter/innen haben sich Schülerinnen und Schüler auf Cottbus' Straßen, in Bibliotheken und auf Friedhöfen auf die Suche nach der jüdischen Vergangenheit der Stadt begeben. Ihr Anliegen: mögliche Zeitzeugen zu finden und mehr über das Schicksal von Angehörigen zu erfahren. »Mit großem Interesse und Begeisterung näherten sie sich Themen wie der Geschichte des Judentums in Cottbus und der Vertreibung der jüdischen Familien nach der Reichspogromnacht«, so Gennadi Kuschnir. Er ist Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Cottbus, welche die Idee für das Projekt hatte, das von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wird. Auch die Eröffnung der ersten Synagoge nach dem Holocaust in Cottbus – und damit auch der ersten Synagoge in ganz Brandenburg

nach 1945 – wurde in das Projekt eingebunden. Die Feierliche Eröffnung fand am 27. Januar 2015 statt, dem internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Die Schülerinnen und Schüler aus Cottbus werden sich aber nicht nur praktisch mit dem Thema auseinandersetzen. Sie werden ihre Ergebnisse auch zusammentragen und für alle Interessierten und Schulgruppen zugänglich machen. »Im Rathaus, in Schulen und in der Stadtbibliothek wird es dann Infoschilder geben«, erzählt Gennadi Kuschnir. Durch die direkte und bewusste Beschäftigung mit der Geschichte wird sie für die Jugendlichen greifbar. So gerät die jüdische Geschichte Cottbus nicht in Vergessenheit und die Teilnehmenden lernen, auch Anderen das Thema nahe zu bringen.

Von Sarah Beck

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
 Linienstraße 139, 10115 Berlin
 Telefon: 030. 240 886 10
 Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
 Redaktion: Anna Brausam und Robert Lüdecke
 Mitarbeit: Sarah Beck, Sina Doughan, Anetta Kahane (Vi.S.d.P.), Britta Kollberg, Imke Kummer, Elène Misbach, Jan Riebe, Timo Reinfank, Karsten Stöber
 Gestaltung: Design, Berlin
 Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.
 © Amadeu Antonio Stiftung, Juni 2015

